

Bruno-Manser-Fonds

Aktuell

Blockade zerstört!

Die Penan-Blockade der Holzfällerstrasse am Sebatu-Fluss in Sarawak ist durch Polizei und Militär zerstört worden. Der Angriff ereignete sich am 28. und 29. September 1993 und wurde in den malaysischen Medien verschwiegen.

Bei der Attacke kamen rund dreihundert Polizisten und Militärs, 45 Fahrzeuge wie Bulldozer und Lastwagen und ein Helikopter

zum Einsatz. Die 98 anwesenden Penan wurden schwer misshandelt, sieben wurden dabei verletzt und weitere elf Personen verhaftet. Haustiere wurden getötet und die Hütten und Felder verbrannt. Die Sebatu-Blockade bestand seit März 1993, um die Holzfäller der Sam-Ling-Gesellschaft am Eindringen in die letzten Penan-Gebiete zu hindern.

New Straits Times,
Kuala Lumpur
19. Oktober 1993

Penanschutzgebiete in Sarawak?

Am 19. Oktober wurde in der malaysischen «New Straits Times»-Zeitung zum ersten mal überhaupt eine Karte veröffentlicht, wo die deklarierten «Schutzgebiete» für die Penan gezeigt werden. Dazu ist folgendes zu bemerken:

- Die Schutzgebiete befinden sich in der richtigen Gegend, sind aber viel zu klein, um den Penan ein Überleben als Nomaden zu sichern. Die Nahrungsressourcen sind auch innerhalb dieser «Schutzgebiete» durch industrielle Holzfällerei stark dezimiert worden (u. a. Waldtiere, Sagopalmen, Fruchtbäume). Das Gebiet des Magoh-Reservats (5600 ha) beispielsweise wurde seit 1984 bereits holzwirtschaftlich genutzt. Heute sind $\frac{2}{3}$ des Gebietes zerstört.

- Es fehlen genaue Angaben der Grenzziehung. Es war uns nicht möglich, solche Informationen zu bekommen. Stattdessen widersprechen sich die Angaben des Zeitungsartikels vom 19.10. 1993 mit einer Information der malaysischen Botschaft in Bonn vom 30.11. 1993 zum Teil beträchtlich: Das Adang Reservat wurde in der Zeitung mit 5000 ha angegeben, in der Botschaftsmeldung spricht man nun plötzlich von 52 900 ha. Allerdings schrumpfte das Reservat von Seridan um 400 ha und das Magoh Reservat existiert in der Botschaftsmeldung nun nicht mehr!

Bruno Manser

In Kürze

Die 2. erweiterte Auflage des Buches von Bruno Manser «Stimmen aus dem Regenwald» ist im Zytglogge Verlag erschienen (11.–13. Tausend)

Das Buch soll bei Edition Georges in Genf auf französisch erscheinen. Beiträge an die Übersetzungskosten (Fr. 27 000.–) sind willkommen.

Pressespiegel

Basler Zeitung, Basel
5. November 1993

Schutzgebiet für Penan: «Viel zu klein zum Überleben»

Die Regierungen von Malaysia und dem dazugehörigen Teilstaat Sarawak auf Borneo stehen wegen ihrer Tropenholzpolitik seit einigen Jahren unter Dauerbeschuss durch Öko-Institutionen. Nun hat Sarawaks Chefminister die Auszonung von Schutzgebieten für das letzte nomadisierende Urvolk, die Penan, angekündigt. Allerdings bestehen rund um den Vorstoss mehrere Ungereimtheiten

Nachrichten aus Sarawak gehören selten zu den Schlagzeilen des Tages. Spärllich dringen Informationen aus diesem malaysischen Teilstaat, der auf der Insel Borneo liegt und mehr als dreimal so gross ist wie die Schweiz. Es ist dort, fernab der breiten Reise- und Geschäftswege, immer noch einfacher als anderswo, Nachrichten zu vergessen, verdrücken zu lassen, zu verfälschen oder schlicht zu unterdrücken. Dies mag der Grund sein, weshalb erst jetzt, mehr als ein ganzer Monat später, das Ende der Blockade am Fluss Sebatiu im Urwald von Ostsarawak bekannt geworden ist.

Von Paul Imhof, Singapur

Am 28. und 29. September haben die malaysischen Behörden 98 Angehörige des Volkes der Penan mit Gewalt von der Strasse vertrieben, die von der Firma Samling Timber gebaut worden ist. Die Urwaldpiste dient zum Abtransport von gefällttem Holz und der Versorgung der Schlagmannschaften. Die Penan, eines der Dayak-Urvölker Sarawaks, können auch ohne diese Strasse leben – ob sie nun sesshaft geworden sind, immer noch nomadisieren oder einen Weg zwischen Tradition und Anpassung suchen wie die Halbnomaden. Laut Angaben der Bruno-Manser-Stiftung in Basel, die sich auf einen Brief der Penan beruft, hat malaysisches Militär in einem ziemlich massiven Einsatz die Blockade geschleift: «Unsere Hütten wurden mit Kettensägen zerstört und verbrannt», steht in der Übersetzung von Bruno Manser. Bulldozer hätten die Reisfelder niedergewalzt; die Polizei sei mit Helmen und Schildern angetreten und hätte auf die Penan eingedrückt, «bis einige geblutet haben und bewusstlos umgefallen sind». Dann hätten sie die Penan entworfen. Die Beute: sechs Blasrohre, vier Köcher mit Pfeilen, Gift, fünf Buschmesser und eine Schachtel persönlicher Utensilien. Die malaysische Umweltorganisation

«Sahabat Alam Malaysia» (SAM; Freunde der Erde) erwähnt das Militär in einem ausführlichen Bericht über das Ende der Sebatiu-Blockade in der Konsumtenzeitung «Utusan Konsumer» hingegen nicht. Das muss freilich nicht bedeuten, dass kein Militär zugegen war; man kann in Malaysia eben nicht alles publizieren.

Die Behörden des Bundesstaates Sarawak dementieren den Einsatz von Streitkräften und eines Helikopters der Air Force. Entwicklungsminister Abang Johari Openg warf der Manser-Stiftung Scheinheiligkeit vor: Die Gruppe würde Malaysia kritisieren und dabei die Penan vorschützen, um Sympathie und Geld zu raffen, das eigenen Zwecken diene – was mit «eigenen Zwecken» gemeint ist, liess der Minister offen. Er forderte die Stiftung auf, sich besser um Bosnien zu kümmern. Der Konflikt in Bosnien ist im übrigen bei Malaysias Politikern gegenwärtig das beliebteste Gegenargument, um europäischen Politikern und Körperschaften kritische Bemerkungen über Malaysia zu vergällen.

Dies war beileibe nicht der erste Wutausbruch eines malaysischen Magistraten, ob nun in Kuala Lumpur oder in Kuching, der Hauptstadt von Sarawak. Wer immer Malaysias Holzpolitik kritisiert, wird entweder als halber Landesverräter gebrandmarkt, als Entwicklungsverhinderer oder als arroganter ausländischer Fanatiker verschrien. Noch vor zwei Jahren knurrte ein malaysischer Minister trotzig, es «ist nicht unsere Pflicht, den Westen mit Sauerstoff zu versorgen». Diese Rhetorik ist mit einem Hauch von Grün eingefärbt worden, seit der Holzpreis gestiegen ist.

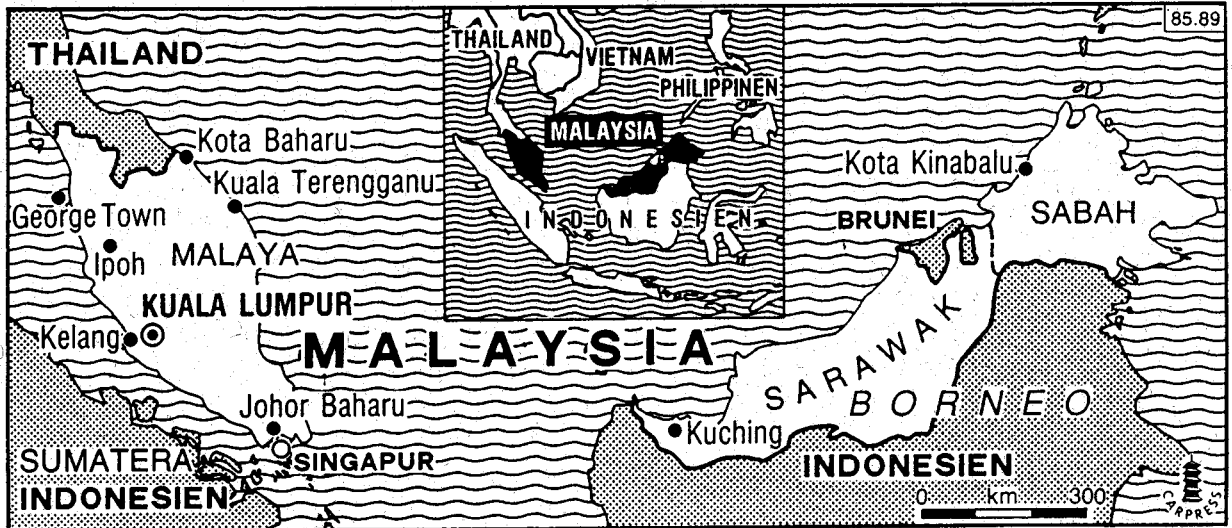
Unvereinbar mit Urvölkern

Aber das grundlegende Problem ist damit natürlich nicht aus der Welt geschafft. Die Taten der politisch Verantwortlichen und Mächtigen sind mit den Bedürfnissen der echten Ureinwohner nicht vereinbar. Urvölker wie die Penan

pochen auf ihre alten Landrechte, die ihnen die damaligen britischen Kolonialherren garantiert haben, was die Nachfahren der «Weissen Radschas» aber heute nicht mehr einhalten können. Dem Recht des Stärkeren haben die Penan jedoch nichts als ihr nacktes Leben entgegenzustemmen. Seit zehn Jahren setzen sie sich gegen den Verlust ihres Lebensraums zur Wehr. Petitionen und Blockaden sind ihre einzigen Mittel, die dank Manser (er lebte sechs Jahre bei den Penan) und Umweltorganisationen wie SAM an die Weltöffentlichkeit gelangt sind. Seither teilen Malaysias Regierungspolitiker Schläge gegen alle Seiten aus, mal besonnen-pragmatisch wie die Handelsministerin Rafidah Aziz, mal machistisch-polemisch wie Rohstoffminister Lim Keng Yaik («I'll get that kid», soll er über Manser gesagt haben).

Trotz enormer Industrialisierung und einem Wirtschaftswachstum von über 10 Prozent ist der Export von Rundholz und Holzprodukten für Malaysia nach Erdöl der wichtigste Ausfuhrposten von Rohstoffen geblieben. Malaysia ist heute weltgrösster Exporteur von Tropenholz. 80 Prozent dieser Hölzer stammen aus den riesigen Wäldern Sarawaks, die den Teilstaat immer noch zu rund 70 Prozent bedecken. Die Hälfte der Landfläche Malaysias soll stets unter einer Waldecke liegen, hat die Regierung einmal versprochen. Will sie zu diesen grossen Worten stehen, muss sie langsam etwas unternehmen, denn das Tempo der Abholzerei und die Konzessionspolitik von Sarawaks Regierung sind atemberaubend. Nach Berechnungen von Umweltorganisationen wird der totale Kahlschlag in 20 Jahren vollzogen sein, wenn sich nichts ändert.

Was aber kann sich ändern, wenn der Hauptkunde Japan immer noch so viel Holz braucht; wenn der Holzpreis zwar steigt, aber der Kunde dank einem noch kräftiger gestiegenen Yen nichts



Malaysia ist weltgrösster Exporteur von Tropenholz. 80 Prozent dieser Hölzer stammen aus den riesigen Wäldern Sarawaks, wo noch rund 10 000 Penan leben. Karte Carpress

spürt; wenn die Bereicherung am Holzgeschäft ungebremst verlockt und wenn der Staat auf die Steuereinnahmen angewiesen ist? Mit einem totalen Abholzverbot wie in Thailand (das ohnehin nicht eingehalten wird und bloss die Bestechungsgelder in die Höhe getrieben hat) ist in Sarawak bestimmt nicht zu rechnen – eine gegenteilige Annahme wäre höchst naiv. Malaysia möchte sich vielmehr nach den Empfehlungen der Internationalen Tropenholzorganisation (ITTO) richten, die dem Staat die Schlagreduktion von jährlich 1,5 Millionen Kubikmeter Holz empfiehlt, bis sich die Fällerei auf 12,5 Millionen Kubikmeter pro Jahr eingependelt hat. Das würde der Reduktion von einem Drittel im Vergleich zu 1991 entsprechen.

Neuste Beschlüsse der Regierung in Kuala Lumpur visieren das illegale Holzen an. Illegal schlägt Holz, wer keine Konzession besitzt. Konzessionen verteilt die Regierung des Teilstaates; im Falle von Sarawak also jene des Chefministers Abdul Taib Mahmud. Taibs Familie ist im Verlaufe der Jahre mit dem Holzgeschäft nicht schlecht gefahren. Nun betont der Chefminister den guten Willen seiner Regierung, die den Schlag reduziert und dabei den Verlust von 30 000 Arbeitsplätzen in Kauf genommen habe. Auch hat Taibs Regie-

rung kürzlich – und erstmals überhaupt – die Auszonung von 65 700 Hektaren Primärwald für die Penan angekündigt.

Rund 10 000 Penan leben in den Wäldern Ostsarawaks. Die meisten sind ganz oder halb sesshaft geworden; bloss noch etwa 300 sind Nomaden im Sinne des Begriffes geblieben. Gegenüber der Basler Zeitung sagte Bruno Manser, dass die «für die Penan erklärten Schutzgebiete am richtigen Ort» liegen, aber «viel zu klein sind, um den Penan ein Überleben als Nomaden zu ermöglichen: Da die Nahrungsressourcen nicht nur ausserhalb der Reservate, sondern auch innerhalb durch industrielle Holzfällerei zu stark dezimiert werden.»

Wasserkraftwerk bewilligt

SAM gibt in einer Stellungnahme weitere Ungereimtheiten zu bedenken. Der legale Status der bezeichneten Gebiete sei unklar; sie seien weder einem Gemeindewald (ohnehin nur rudimentär) noch dem Gewohnheitsrecht für Eingeborene zuzurechnen. Ihre künftige rechtliche Sicherheit sei deshalb «höchst zweifelhaft» und auch noch durch mögliche Willkür seitens der Behörden gefährdet. Eines der grössten Geschäfte in Sarawak ist erst kürzlich vereinbart worden, und zwar zugunsten einer Person, die eigentlich das Gegenteil im Sinne haben sollte: Sarawaks Umweltminister James Wong Kim Min

hat einen Deal über 143 Millionen Dollar angekündigt, der eine Kohlenmine und rund 200 000 Hektaren Regenwald umfasst.

80 Prozent der für die Penan bestimmten Fläche befanden sich zudem, so SAM weiter, im Gunung-Mulu-Nationalpark, der ja ohnehin per se geschützt ist. SAM weiss jedoch, dass bereits Schlagkonzessionen für Teile des beschriebenen Penan-Schutzgebietes bewilligt worden seien. Rechtlich offen sei weiter die Frage über den Zugang für sesshafte Penan, die nicht in diesem Gebiet lebten. Und – quasi als Schlussbouquet – nach jahrelangen Kontroversen hat die malaysische Regierung den Bau des grössten Wasserkraftwerks Südostasiens bewilligt. Nicht allzu weit vom Penan-Gebiet entfernt sollen in den nächsten zehn Jahren am Fluss Rajang sechs hintereinandergeschaltete Stauwerke entstehen, die dereinst insgesamt 36 000 Megawatt Strom erzeugen sollen. Nach heutigen Hochrechnungen wird dann der Eigenbedarf Sarawaks keine 2000 Megawatt betragen. Der Strom soll über ein 560 Kilometer langes Unterwasserkabel nach Westmalaysia transportiert werden. Nach all diesen rechtlichen Einwänden und «entwicklungspolitischen» Perspektiven entpuppt sich die grosszügige Geste von Sarawaks Regierung immer mehr als Rohrkrepierer.

Ich wünsche viel Mut

Wer von uns pflanzt heute einen Fruchtbaum ohne zu wissen, ob er den morgigen Tag überlebt?

Wie trostlos auch eine Situation ist, lieben wir doch alle das Leben! Ist dies nicht Grund genug, aus jeder Lage mit Respekt das Beste zu tun und den noch trostlosen Neuigkeiten etwas Positives entgegenzustellen?

Dialogbereitschaft dort und Deklarationspflicht hier sind kleine Schritte zur Eigenverantwortung, und ich wünsche jedem einzelnen von uns bei deren Umsetzung Mut.

Herzlich
Bruno Manser

Philippinen

Menschen oder Megawatt?

Ein umstrittenes geothermisches Kraftwerk auf den Philippinen.

von Sabine Braunschweig

Um dem chronischen Energiemangel abzuhelpfen, der durch staatliche Fehlplanung und ungenügend gewartete Elektrizitätsanlagen verursacht wurde, baut die staatliche Kraftwerksgesellschaft ein geothermisches Kraftwerk im Naturschutzgebiet des Mount Apo auf der Insel Mindanao.

Mit 3000 Metern ist dieser 1640 letztmals ausgebrochene Vulkan der höchste Berg der Philippinen. Bereits 1936 wurde ein Gebiet von 728 Quadratkilometer zum Nationalpark erklärt. 1982 wurde es in die Liste der schützenswerten Gebiete der UNO und 1984 in diejenige der ASEAN-Staaten aufgenommen. 460 000 Angehörige von zehn indigenen Völkern, bekannt unter dem Namen Lumad, leben von und auf dem Berg. Das Nationalpark-Gesetz toleriert ihre Selbstversorgungswirtschaft, schliesst aber jegliche kommerzielle Nutzung aus. Um den Bau des

Kraftwerks zu ermöglichen, wurde für ein Gebiet von 700 Hektaren eine Ausnahme-regelung erlassen.

Die Lumad befürchten zu Recht, dass dies eine schrittweise Ausbeutung des Regenwaldes einleitet und ihre Lebensgrundlage zerstört. Deshalb setzen sie sich gegen dieses Bauvorhaben der Regierung zur Wehr. Ihr Widerstand, der durch Umwelt- und kirchliche Gruppen verstärkt wird, erreichte zeitweilig einen Baustopp. Aufgrund dieses Protests zog die Weltbank ihre bereits zugesagte finanzielle Beteiligung zurück. Die Regierung sandte Armee-Einheiten ins Gebiet, die zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begingen und viele Familien vertrieben.

Bei uns wird die Erdwärme als alternative Energiegewinnung begrüsst. Auch die VertreterInnen der Opposition lehnen sie nicht grundsätzlich ab, doch fordern sie, dass die sozialen und ökologischen Bedingungen bei solchen Grossprojekten mitberücksichtigt werden und sie nicht über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg realisiert werden.

Bau der Einheitshäuschen als Kompensation an die Lumad für die Waldzerstörung (Foto: GSP)

Weitere Informationen bei: Gruppe Schweiz-Philippinen (GSP), Bäckerstrasse 25, 8004 Zürich

Politik

Deklarationspflicht für Hölzer in Gefahr!

von Christoph Wiedmer

Nach dem knappen Entscheid des Ständerates zugunsten der Deklarationspflicht ist die Holzwirtschaft in die Offensive gegangen. Jetzt hagelt es Lobbybriefe gegen diese Vorlage. Wenn wir die Hände in den Schoß legen, wird die Abstimmung im Nationalrat zu unseren Ungunsten enden. An der Tagung des «Forum für Holz», das sich als beratende Kommission des Eidgenössischen Departementes des Innern (EDI) für Holzfragen sieht, setzten sich Botschafter Imboden (Delegierter des Bundesrates) und überraschenderweise auch Forstdirektor Dr. H. Wandeler sowie die Holzverbände vehement gegen die Deklarationspflicht ein und riefen die Holzindustrie zu massivem Lobby auf. Keine Umwelt-, Entwicklungshilfe- und Konsumentenorganisation war eingeladen, kein Votum für die Motion abgegeben, was sicher nicht dem Sinn einer beratenden Kommission entspricht.

Was verlangt die Motion «Deklarationspflicht»?

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

Deklarationspflicht für Holz und Holzprodukte

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die sämtliche in- und ausländischen Hölzer und Holzprodukte einer Deklarationspflicht unterstellt.

Die Deklaration soll mindestens enthalten:

- Name des Holzes
- Ursprungsland des gefällten Baumes

Ferner soll eine freiwillige Deklaration in Form eines Labels zugelassen sein, welche angibt, dass das Holz aus nachhaltiger Nutzung stammt.

Was sind die Argumente der Gegner und was spricht aus unserer Sicht für die Deklarationspflicht?

Gegner:

«Diese Motion macht das Holz allgemein schlecht, als müsste man es wie Giftstoffe deklarieren!»

BMF:

Die Deklarationspflicht ist ein grundsätzliches Informationsrecht für die Kunden. Warum dürfen wir nicht wissen, was für Holz wir brauchen und woher es kommt? Wenn eine ökologische Reform der Wirtschaft ohne direkte staatliche Eingriffe erfolgen soll, muss der Staat wenigstens genügend Informationen, sprich Deklaration, garantieren können.

Gegner:

«Die Motion schadet dem Schweizer Holz!»

BMF:

Die Schweiz hat ein gutes Waldgesetz. Das Schweizer Holz ist aber teurer als das ausländische, da jenes unter anderem aus Kahlschlägen stammt. Wir wollen Schweizer Holz fördern und gleich lange Spiesse schaffen, was der einheimischen Forstwirtschaft zugute kommt. Voraussetzung dazu ist die Deklarationspflicht für alle Hölzer.

Gegner:

«Diese Motion schafft einen riesigen administrativen Aufwand!»

BMF:

An der Grenze werden die Importhölzer sowieso deklariert. Es ist also für die in der Schweiz verarbeiteten Produkte überhaupt kein Problem, die Deklaration mit kleinem Aufwand durchzuführen. Für schwer deklarierbare Holzprodukte (z.B. Papier) werden die Richtlinien in der zu entwerfenden Gesetzesvorlage festgelegt und nicht deklarierbare Produkte ausgeschlossen.

Chronologie der Motion «Deklarationspflicht»:

16.12. 1992

Nationalrat Hugo Wick und Ständerätin Rosmarie Simmen reichen die gleichlautenden Motionen «Deklarationspflicht für Importhölzer» ein.

28.4. 1993

Die Motionen werden zurückgezogen und durch die «Deklarationspflicht für Hölzer und Holzprodukte» ersetzt. Damit wird die Vorlage GATT-verträglich und enthält nicht mehr die diskriminierende Bezeichnung «Importholz». MitunterzeichnerInnen: 13 StänderätInnen, 86 NationalrätInnen.

21.9. 1993

Der Ständerat stimmt der Motion Simmen mit 13:13 und dem Stichentscheid von Ratspräsident Otto Piller (SP, Fribourg) zu.

Voraussichtlicher Fahrplan der Motion:

Mit der Behandlung der Motion Simmen im Ständerat wurde diejenige von Hugo Wick im Nationalrat hinfällig. Die Motion Simmen wird jetzt der nationalrätlichen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) zugewiesen. Die UREK wird die Motion ausführlich beraten und eine Empfehlung (Überweisung oder Ablehnung) an den Nationalrat abgeben. Sie kann auch einen eigenen Vorschlag präsentieren. Die UREK wird Ende Januar 1994 tagen und die Abstimmung im Nationalrat dürfte voraussichtlich in der kommenden Frühlingssession stattfinden. Die Meinung der UREK wird die Abstimmung im Nationalrat entscheidend beeinflussen.

Holzverarbeitung in malaysischer Sägerei (Foto: Tula Roy)

**Eure Hilfe ist jetzt gefragt!
Bitte schreibt auf beiliegende Postkarte
Eure Gedanken und schickt sie
bis Ende Januar 1994 nach Bern!**

Tropenholzhandel

Illegales an der Tagesordnung

Nicht zuletzt wegen Bruno Mansers Fastenaktion im letzten Frühling ist die Diskussion um Tropenholzboykott, Deklarationspflicht und Oeko-Label lanciert worden. Laut Bundesrat sind die brandrodenden Kleinbauern schuld an der Zerstörung der Tropenwälder. Der Holzhandel dagegen sei bedeutungslos. Mehr noch: Durch die Förderung des Tropenholzhandels soll der Dritten Welt wirtschaftlich geholfen werden. «Nachhaltigkeit» lautet dabei das neue Schlagwort.

von Roger Graf

Rund 80% des industriellen Nutzholzes stammt aus den Wäldern der gemässigten und arktischen Zonen, 20% aus den tropischen Wäldern. Von den insgesamt 240 Mio. m³ Tropenholz, die jährlich geschlagen werden, gelangen 69 Mio. m³ (29%) in den Export, vorwiegend nach Europa, Japan und Nordamerika (Zahlen 1989). Grösster Tropenholzexporteur ist zur Zeit Malaysia (39,7 Mio. m³, 1989), wo vor allem in den auf der Insel Borneo gelegenen Bundesstaaten Sabah und Sarawak Holz geschlagen wird. Allein Sarawak produziert pro Jahr rund 20 Mio. m³ Holz. Die Gesamtmenge des eingeschlagenen Holzes ist jedoch wesentlich höher, da diese Zahlen nur das weiterverarbeitete und legal gehandelte Holz umfasst. In obigen Zahlen sind Hölzer nicht berücksichtigt, die im Wald zurückbleiben (Krone, Brettwurzeln, Stammteile); andere Bäume, die mitgerissen wurden; die Zerstörung durch den Strassenbau und Transport; Abfallholz bei der Verarbeitung sowie Baumstämme, die den Kaufansprüchen der Kundschaft nicht genügen. Der verschiedentlich mit 10% angegebene Anteil der Regenwaldzerstörung durch den Holzeinschlag ist deutlich zu niedrig angesetzt. Er bezieht sich ohnehin nur auf die direkte und endgültige Zerstörung. Degradierete Wälder und indirekte Schäden, wie die in den Tropen häufige Erosion, werden ausser acht gelassen. Nicht nur Kahlschlag, sondern auch die «nachhaltige Forstwirtschaft» schädigt den Tropenwald relativ stark.

Laut Schätzungen der FAO werden

86% des geschlagenen Tropenholzes als Brennmaterial verwendet. Gerade diese globale Betrachtung besagt jedoch nicht viel, da die Gründe der Zerstörung regional sehr unterschiedlich sind. In den ehemaligen Schwerpunktregionen des Tropenholzexports, etwa in Thailand, den Philippinen, West-Malaysia, Ghana, Nigeria, Elfenbeinküste und Liberia hatte der Holzeinschlag katastrophale ökologische und ökonomische Folgen. Die Waldbestände in diesen Ländern sind heute praktisch verschwunden und die Staaten sind von Holzexporteuren zu Importeuren geworden.

Japan ist der grösste Tropenholzimporteur, dies schon seit bald zwei Jahrzehnten. Allein 1992 importierte Japan 18,5 Mio. m³ Tropenhölzer, davon allein 84% aus Sabah und Sarawak. Der Rest kommt aus Papua Neu Guinea, Salomon Inseln und Indochina. Japan, mit bloss 2,5% der Erdbevölkerung, verbraucht 36% des weltweit gehandelten Tropenholzes. Rund 20% aller weltweit gehandelten Laubhölzer werden nach Nippon exportiert. Japans Holz hunger hat folgende Ursachen: Der verschwenderische Gebrauch von Holz und Papier, zum Beispiel für Container, Paletten, Wegwerf-Ess-Stäbchen, Fast-Food-Schachteln, Betonverschalungen; die hohen Produktionskosten und die komplexen Besitzverhältnisse in den japanischen Wäldern; die Verfügbarkeit von billigem und qualitativ gutem Holz aus Südostasien; die Kontrolle der Handelsströme durch die japanischen Grosskonzerne.

Die Europäische Gemeinschaft und die Schweiz beziehen ihre Tropenhölzer hauptsächlich aus Afrika, Indonesien und Malaysia. Die EG importiert rund 13,4 Mio m³ (1990). In der Schweiz ist der Import stark rückläufig. 1991 wurden 60 650 m³ eingeführt, 1992 rund 43 100 m³. Damit hat der Tropenholzverbrauch einen Anteil von 1,5% am gesamten Schweizer Konsum. Allerdings dürfte der Tropenholzkonsum höher als die in der Zollstatistik angegebenen Zahlen liegen, sind doch Fertigprodukte, wie zum Beispiel Möbel, Türen, Fenster, Inneneinrichtungen, nicht nach Holzarten aufgelistet.

Sekundärprodukte werden vergessen

In der Diskussion um den Nutzen des Tropenholzhandels für die Wirtschaft der jeweiligen Entwicklungsländer wird leider praktisch immer vergessen, dass neben Holz auch andere Produkte, sogenannte «Sekundärprodukte» ökonomisch wichtig sind. Die meisten lokalen Bevölkerungen und Ureinwohnergruppen gewinnen durch ihre nachhaltige Nutzung des Waldes u.a. Früchte, Nüsse, Wurzeln, Kautschuk, Rattan, Medizinalpflanzen, Fische, Schnecken, Leguane und andere Wildtiere, wie Wildschweine und Affen. Im malaysischen Sarawak beispielsweise schießen die lokalen Bevölkerungen rund 18 000 Tonnen Wild im Gegenwert von 100 Mio. Schweizer Franken pro Jahr. Dies bedeutet pro Person und Jahr einen Fleischertrag von 12 kg (Caldecott, 1988). Die nachhaltige Nutzung der Medizinalpflanzen im Regenwald von Belize (Zentralamerika) ergibt einen Ertrag pro Are von \$ US 1346. Der reine Holzwert einer Are erzielt einen Wert von 117 bis 137 \$ US (Institut of Economic Botany, New York). In einem Regenwaldstück mit 842 Bäumen im peruanischen Amazonasgebiet erbringen die während fünfzig Jahren nachhaltig gewonne-

nen Sekundärprodukte (Latex und Früchte) einen Marktwert von \$ US 6820, für die Forstwirtschaft einen Wert von bloss \$ US 3184 (NZZ 13.9.89).

Die meisten RegenwaldbewohnerInnen nutzen den Wald in einer auf Dauer ökologisch tragbaren und wirtschaftlich vernünftigen Weise, was überdies ihr Einkommen sichert. Millionen Menschen tun dies, aber das gesamte Handelsnetz der Sekundärprodukte ist diffus und schwer zu erfassen, so dass diese Art von Aktivitäten in Regierungsstatistiken nicht auftaucht.

Durch den Holzeinschlag werden diese Menschen ihrer Lebensgrundlage beraubt. Selbst bei selektivem Einschlag, bei Entnahme von wenigen Bäumen pro Hektar, sind die Folgen gravierend: zerstörte Fruchtbäume, vertriebene Wildtiere, durch Erosion verschmutzte Gewässer und so weiter. Vor allem eingeborene Völker, wie die Pygmäen im Kongo, die Chimanes in Bolivien, die Dajak in Sarawak, die Orang Asli in West-Malaysia, die Papuas in Indonesien, aber auch die Mapuche in Chile und die Lubicon Cree in Kanada (gemäßigte Zonen) haben unter der Forstwirtschaft zu leiden. Die Landrechte dieser Völker werden missachtet und Abholzlizenzen an Holzgesellschaften

verkauft. So auch im Beispiel der Dajak im malaysischen Sarawak. Nach einer Gesetzesänderung im Jahr 1958 ging sämtlicher Wald in den Besitz des Staates über. Nachträglich müssen nun die Ureinwohner beweisen, dass sie vor der Gesetzesänderung in dieser Gegend gelebt haben, was für die meisten Dajak heute nicht mehr zu beweisen ist. Die Regierung hat eigenwillig Lizenzen an Holzgesellschaften vergeben, die nun in die Dajak-Wälder vordringen. Die Politiker haben sich die Lizenzen gleich selber angeeignet, so zum Beispiel der Regierungspräsident Taib Mahmud und der Umweltminister (!) James Wong. Es ist ein offenes Geheimnis, dass deren Verwandte, Freunde und Geschäftspartner ebenfalls im Besitz solcher Lizenzen sind. Die Verfilzung der Politiker mit den Interessen der Holzwirtschaft ist die Ursache der rücksichtslosen Zerstörung. Nicht die Armut der breiten Bevölkerung, wie dies europäische Regierungen und um den Tropenholzhandel fürchtende Importfirmen der Öffentlichkeit weismachen wollen.

Die Zerstörung geht weiter

Die Waldbestände in Sarawak sind so sehr am schwinden, dass sich die malaysischen Holzgesellschaften nun schon Lizenzen in Papua Neu Guinea (80% Marktanteil in malaysischer Hand), Vanuatu (Südpazifik), Kambodscha, Laos und im südamerikanischen Guyana gesichert haben. Doch auch japanische und europäische Firmen sind aktiv: Mitsubishi-Firmen zerstören die Wälder in Bolivien, Brasilien, Indonesien, Philippinen, Papua Neu Guinea und die Urwälder der gemässigten Zone in Chile, Kanada und Sibirien. Hyundai vernichtet die Wälder der letzten freilebenden Sibirischen Tiger in Russland. Die grössten deutschen Tropenholzimporteure mit Konzessionsgebieten sind Hinrich Feldmeyer GmbH (engagiert in Kamerun, Kongo, Gabun und Elfenbeinküste) und Karl Danzer GmbH (Kamerun, Elfenbeinküste und Zaire). Die Precious Woods Ltd. mit Sitz in Kilchberg/ZH will ab 1994 ein rund 50 000 ha grosses Urwaldgebiet im brasilianischen Bundesstaat Amazônia forstwirtschaftlich erschliessen. Durch den Gewinn dieses Projekts sollen die Aktionäre bereits in drei bis vier Jahren zu einer Dividende kommen, da die mit grosser Oeko-Propaganda errichtete Teak- und Pochote-Plantage in Costa Rica eine Dividenden-Ausschüttung erst in fünfundzwanzig Jahren möglich macht. Anscheinend mag

man bei Precious Woods nun doch nicht so lange warten.

Neben der Vergabe von Einschlaglizenzen unter dubiosen und rechtswidrigen Umständen krankt die (tropische) Forstwirtschaft an folgenden Übeln: illegaler Einschlag ausserhalb der Konzessionsgebiete und in Naturschutzzonen; Missachtung von Einschlagsvorschriften, wie Fällen von zu kleinen oder zu grossen Bäumen oder von geschützten Baumarten; der Schmuggel von geschützten Baumarten und Exporte/Importe in/von Gebieten mit Handelsboykotten; Steuerhinterziehung durch absichtliche Falschdeklarierung von Holz mengen (Anzahl Stämme), Gewicht, Volumen, Baumarten. Einige konkrete Beispiele solcher Geschäfte seien hier erwähnt: In Burma gibt es illegale Sägereien, die thailändisches Holz verarbeiten und anschliessend wieder über die Grenze nach Thailand exportieren. Dies obwohl der Holzeinschlag seit der Überschwemmungskatastrophe von 1988 verboten ist. Laut einer Studie der philippinischen Regierung werden die Philippinen pro Tag mit 5 Mio. \$ US durch illegalen Holzschlag geschädigt. Auch durch Schmuggel geht viel Geld verloren: Im Jahr 1986 wurden aus den Philippinen rund 199 000 m³ Rundholz nach Japan exportiert, die japanische Zollstatistik dagegen wies einen Import von 281 000 m³ aus. Im Frühling 1993 beschlagnahmte der britische Zoll eine Lieferung von 28 Tonnen Alerce-Holz aus Chile. Diese Bäume stehen unter dem Schutz des Washingtoner Artenschutzabkommens. Marubeni, der grösste japanische Tropenholzimporteur, fällt im Jahr 1990 illegal Mangrovenwälder in West-Papua: Die Firma wurde mit \$ US 630 000 gebüsst. Fälle von Falschdeklarierung und Steuerhinterziehung sind u.a. von Gaisho, Hindai, Nissho Iwai, Mitsubishi und Sumitomo bekannt. Mitsui importierte im April 1993 zwei Schiffsladungen Holz aus Kambodscha, obwohl dies gemäss Beschluss des UNO-Sicherheitsrates seit Dezember 1992 verboten ist. Die Firma Richard Anders GmbH & Co. KG mit Sitz in Hamburg hat Ghana durch fingierte Verträge und Rechnungen um mindestens 800 000 DM betrogen. Zudem gab es bei Anders recht eigenwillige Sägeinstruktionen: Es durften auch ein paar Millimeter mehr sein. Durch verschiedene westeuropäische Firmen wurde der Staat Ghana in den achtziger Jahren um mindestens \$ US 50 Mio. geschädigt. Diese Liste kann beliebig verlängert werden.

Ökolabel versus Deklarationspflicht?

Nur 1% des weltweit gehandelten Tropenholzes wird nachhaltig gewonnen. Diese Zahl stammt nicht aus der Oeko-Bewegung, sondern aus einer Untersuchung von D. Poore für die Internationale Tropenholzhandels-Organisation (ITTO). Doch auch in den nordischen Wäldern wird Raubbau betrieben (Beispiele sind Sibirien, Kanada, Finnland). Um die nachhaltige Forstwirtschaft zu fördern, gibt es zur Zeit Initiativen zur Gründung einer Vergabeorganisation eines sogenannten Oeko-Labels. Das Label basiert auf freiwilliger Basis und der Marktanteil dürfte, vor allem für Hölzer aus den Tropen, vorläufig sehr gering sein, dies aufgrund mangelnden Angebotes. Zudem werden die genauen Richtlinien noch Einiges zu diskutieren geben. Angestrebt wird eine Stiftung mit Beteiligung von Umweltgruppen und der Holzindustrie. Allerdings sind Bestrebungen im Gange, wonach die LIGNUM (Interessenverband für das Schweizer Holz) ein anderes Oeko-Label zusammen mit der «Initiative Tropenwald», einer Vereinigung der deutschen Tropenholzimporteure, gründen will. Einzig der in Deutschland unbedeutende WWF unterstützt die «Initiative Tropenwald». Die Lancierung verschiedener

Oeko-Labels ist unter allen Umständen zu verhindern! Eine obligatorische Deklarationspflicht, wie in einer Motion im Ständerat während der Genfer Session überwiesen, bildet das wichtigste Instrument für eine umfassende Konsumenteninformation, zusammen mit einem freiwilligen Oeko-Label. Nur beide Informationen zusammen machen einen Sinn, die alleinige Einführung des Oeko-Labels, wie es Bundesrat und die Bundesverwaltung (BUWAL, BAWI) fordern, ist unsinnig. Eine Deklarationspflicht von Holzart und Herkunftsland schafft gleich lange Spiesse für alle. Die Deklarationspflicht ist GATT-rechtlich problemlos, da sie keine bestimmten Holzarten diskriminiert. Der Kostenaufwand für die einheimische Forstwirtschaft ist gering, sind doch bei uns Holzarten und Herkunft klar. Bei importiertem Holz ist die Deklaration sicher schwieriger, doch durchaus machbar. Jedenfalls sind die Grossverteiler Coop und Migros daran, sämtliche Holzprodukte nach Holzart und Herkunft freiwillig zu deklarieren.

Natürlich sind Deklarationspflicht und Oeko-Label keine Allerweltsmittel für die Rettung der Wälder. Doch ermöglichen sie den KonsumentInnen, Holzarten aus nachhaltiger Forstwirtschaft zu erkennen.

Tropenholzkisten in Tokyo
Foto: Sarawak Campaign
Comittee

Literatur

Illegal Tropical Timber Trade: Asia-Pacific (1992) (Traffic International, Gland)

Timber from the South Seas (1989) (WWF International, Gland)

Forests Foregone: The European Community's Trade in Tropical Timbers and

the Destruction of the Rainforest (1993) (Friends of the Earth, London)

The Economic Value of Non-Timber Forest Products in Southeast-Asia (1989) (IUCN Netherlands, Amsterdam)

Forests in Trouble: A Review of the Status of Temperate Forests Worldwide (1992) (WWF International, Gland)

Termine/ Aktivitäten

Das Kettenfasten geht weiter

Die 60-tägige Fastenaktion von Bruno Manser fand im März und April 1993 vor dem Bundeshaus ihren Abschluss. Seither verzichten GesinnungsfreundInnen abwechselungsweise bis zum heutigen Tag im Stillen auf Nahrung. Die Aktion soll mit guten Gedanken weitergeführt werden, bis die betroffenen Penan vor Ort Grund zum Aufatmen haben.

von Jacqueline Piso

Wir dürfen fasten, andere Menschen müssen hungern. So der Kommentar eines Fastenden. Es ist wohl für alle eine Zeit des intensiven Nachdenkens über sich, seine Umwelt und seine Mitmenschen.

Ich bekomme nur begeisterte Berichte über die jeweilige Fastenzeit. Hunger oder vielmehr «Gluschtgefühle» treten völlig in den Hintergrund. Alle berichten über eine viel intensiver erlebte Umgebung. Gerüche, Farben und Geräusche werden plötzlich viel klarer oder werden überhaupt wieder wahrgenommen.

Für mich ist der Gedanke wichtig, dass noch viele andere Menschen bereit sind, direkt auf etwas zu verzichten, um auf das Schicksal der Penan und anderer Urvölker aufmerksam zu machen.

Das Kettenfasten ist sicher keine spektakuläre Aktion gegen aussen hin. Als Einzelaktion wird sie kaum einen Importstopp für Tropenhölzer bewirken. Doch gibt sie dem Einzelnen Kraft, das Schöne in und um uns wieder zu erkennen und sich dann mit vollem Einsatz (vielleicht etwas spektakulärer?) dafür einzusetzen.

Zwei Federn aus Borneo, ein Büchlein, eine Muschel, ein wärmender Pullover und eine Kassette werden von einer(m) Fastenden zum Anderen weitergegeben. Sie möchten noch viel weiter getragen werden, wer macht mit?

Jacqueline Piso
Donnerbühlweg 33, 3012 Bern,
Tel. Privat 031 301 88 08
Büro 031 371 28 43

Podiumsgespräch

Tropenholznutzung im Spannungsfeld von Natur, Kultur und Wirtschaft

Gibt es einen sinnvollen Weg zwischen Selbstbestimmung, Oeko-Label, Deklarationspflicht, Boykott, Solidarität?

Prof. Dr.
Heidi Schelbert

Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Universität Zürich –
Präsidentin FORUM für HOLZ

Bruno Manser

Bruno-Manser-Fonds, Basel

dipl.Ing./lic rer.pol.
Peter Hofer

Direktor LIGNUM (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für das Holz),
Zürich

Pierre Hauselmann

Consultant en Suisse pour le FSC (Forest Stewardship Council),
Granges-près-Marnand

Dr.
Jean-Pierre Sorg

Groupe Foresterie pour le Développement,
ETH Zürich *Gesprächsleiter*

Montag, 17. Januar 1994, 19.15 Uhr, Auditorium Maximum, HG F 30

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich-Zentrum

Organisation: Professur Holzwissenschaften ETH Zentrum, D-WAHO, CH-8092 Zürich

Impressum

Bruno-Manser-Fonds, Heuberg 25, CH-4051 Basel
Telefon 061 261 94 74, Telefax 061 261 94 73

Redaktion: Roger Graf, Bruno Manser

Titelbild: Bruno Manser

Auflage: 3000 (deutsch), 1000 (französisch)

Spendenkonto:
Genossenschaftliche Zentralbank (GZB) 4002 Basel
Kto.Nr. 421329.300000-8

Satz und Druck: Gremper, Emminger & Co, Basel